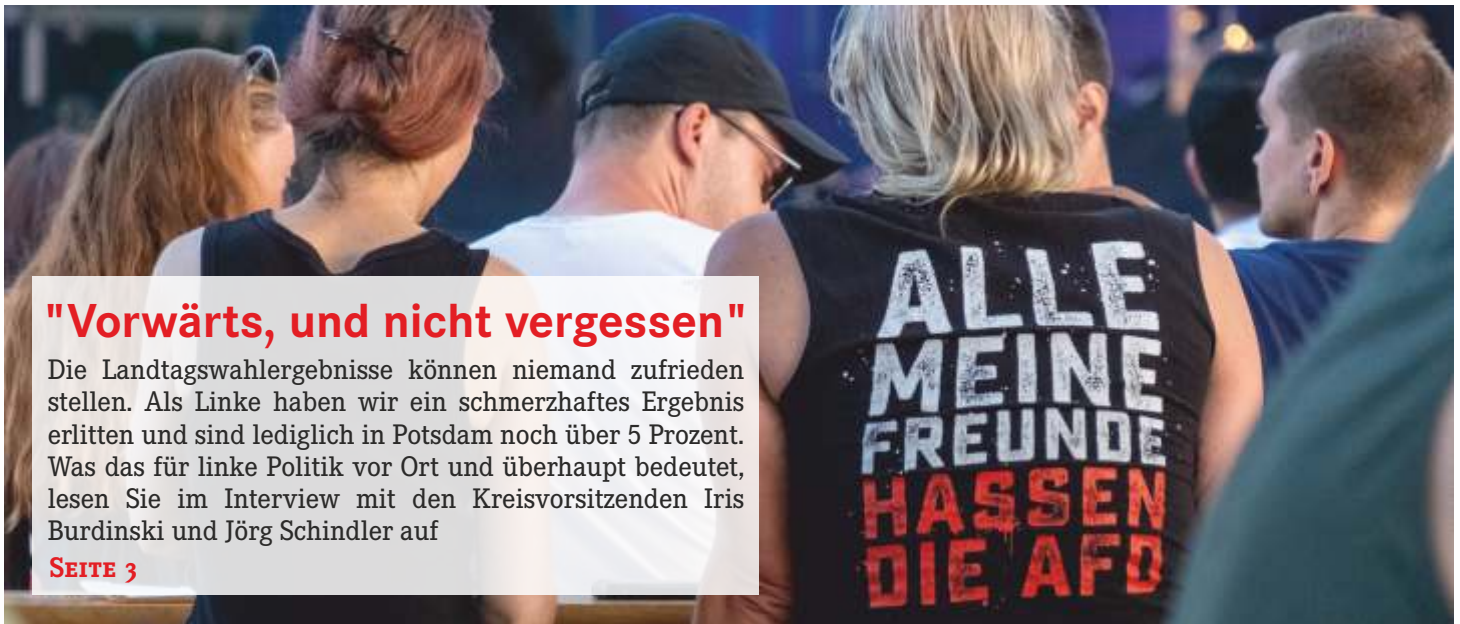


POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE OKTOBER 2024

20. JAHRGANG



"Vorwärts, und nicht vergessen"

Die Landtagswahlergebnisse können niemand zufrieden stellen. Als Linke haben wir ein schmerzhaftes Ergebnis erlitten und sind lediglich in Potsdam noch über 5 Prozent. Was das für linke Politik vor Ort und überhaupt bedeutet, lesen Sie im Interview mit den Kreisvorsitzenden Iris Burdinski und Jörg Schindler auf

SEITE 3



Der Nürnberger Prozess

Kalenderblatt: Aus den Jahren 1946 und 1949

Unser Kalenderblatt widmet sich dieses Mal mit dem Blick auf den internationalen Rechtsruck mahnend dem Hauptkriegsverbrecherprozess, der vom 20. November 1945 bis zum 1. Oktober 1946 stattfand. Es war der erste und bekannteste dieser Prozesse, bei dem führende Vertreter des Nationalsozialistischen Regimes für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen wurden. Und wir erinnern an die Gründung des ersten sozialistischen deutschen Staates 1949.

SEITE 6



Danke für 10 Jahre gemeinsames Kämpfen im Landtag

Am 22. September ist Die Linke aus dem Brandenburger Landtag geflogen. Das bedeutet, dass soziale Gerechtigkeit und der Mieter:innenschutz im neuen Landtag keine Rolle mehr spielt. Inhalte für die die sich unsere Landtagsabgeordnete Isabella Vandre stets einsetzte. Sie dankt allen, die sie dabei unterstützt und ihre Arbeit begleitet haben. Und sie betont: Der Kampf um eine bessere Welt hingegen ist noch lange nicht abgeschlossen. Isabella Vandre wird diesen Kampf weiterführen.

SEITE 7



Seniorenbeirat, Integrationspreis und AG Kommunal.digital

Die Fraktion Die Linke im Stadtparlament gratuliert den Mitgliedern des neu gewählten Seniorenbeirats herzlich zu ihrer erfolgreichen Wahl. Besonders natürlich unserem Genossen Peter Mundt, der wieder zum Vorsitzenden gewählt wurde. Weiter hat die Stadt Potsdam zum 20. Mal ihren renommierten Integrationspreis verliehen. Wie eine linke Perspektive auf den geplanten Einsatz von KI aussehen kann, damit beschäftigt sich auch die AG Kommunal.Digital der Potsdamer Linken.

SEITE 8

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion

Die Linke Potsdam Der „Rathausreport“ im Innenteil

In dieser Ausgabe wieder unsere Berichte und Notizen von der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2024. Wir berichten über unser NEIN zur Einführung der Bezahlkarte in Potsdam sowie über die LINKE Meinung zum Turmbau zu Babel(sberg) am Filmpark. Für die Skateenthusiasten fordern wir Schatten auf der freien Fläche in der List-Straße und haben Fragen, Beschlossenes und das Überwiesene notiert.

SEITEN 4 und 5



Die Linke ist eine Mitmachpartei und das äußert sich auch in unseren Wahlkämpfen, die aus der gesamten Mitgliedschaft getragen werden. Und auch wenn uns das prozentuale Ergebnis nicht zufrieden stellen kann, der Wahlkampf konnte sich sehen lassen und hat hoffentlich die Samen für spätere Erfolge gesät. So haben wir an über 5000 Haustüren und zahlreichen Infoständen gezeigt, dass die Linke vor Ort verankert ist und sich den Menschen im direkten Dialog stellt. Und auch nach der Wahl freuen wir uns über jede Unterstützung, das gilt auch für die Neueintritte in den letzten Tagen. Wenn Du auch mitmachen möchtest, um für eine bessere Welt zu streiten, bist Du herzlich eingeladen. Denn wer kämpft, kann verlieren, doch wer nicht kämpft, hat schon verloren!

<https://www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden/>
Allen, die bereits mitmachen, sei an dieser Stelle nochmal ein großes Dankeschön ausgesprochen!



Impressum

HERAUSGEBER

„medienPUNKTpotSDam“ –
BERND MARTIN,
Springbruch 16,
14558 Nuthetal,
OT Bergholz-Rehbrücke.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.),
Chefredakteur; Isabelle Vandre,
Steffen Lehnert, Konstantin
Gräfe

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht – Redaktion
**Die nächste PaS erscheint
am 14. November 2024**

LAYOUT

Olaf Dettmann
TELEFON der Redaktion
0157/ 84 95 76 55

E-MAIL

info@medienpunktpotSDam.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische
Sparkasse,
Kt.-Nr.3508020699,
BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht – Redaktion/
Archiv

DRUCK Nordkurier
Druck GmbH & Co. KG

"Jetzt sind wir glaubhaft in der Lage, mit der Linken im 21. Jahrhundert anzukommen"

Im Gespräch: Jörg Schindler und Iris Burdinskii, Kreisvorsitzende Die Linke Potsdam

Für Die Linke verlief die Landtagswahl am 22. September katastrophal: Zum ersten Mal seit 1990 ist sie nicht mehr im Landtag vertreten. Im Gespräch mit Potsdams andere Seiten suchen Jörg Schindler und Iris Burdinski, die Kreisvorsitzenden der Potsdamer Linken, nach Gründen für die Niederlage und erklären, wie es nun für Die Linke in Potsdam weitergeht.

PAS: Die Wahl endete für Die Linke mit dem größten anzunehmenden Unfall, dem Verlust der parlamentarischen Vertretung in Brandenburg. Was sind aus Eurer Sicht die Gründe für das schlechte Abschneiden?

Iris: Wir leben in Zeiten des globalen Rechtsrucks. Schon bei den Europa- und Kommunalwahlen hat die Linke massive Verluste eingefahren. Wir konnten unseren Themen in der gesellschaftlichen Stimmung kaum Gehör verschaffen. In den wenigen Monaten zwischen Juni und September war es nicht möglich, diesen Eindruck der fehlenden Durchsetzungskraft zu widerlegen. Das lag auch an der schwachen Aufstellung des Landesverbands Brandenburg. Viele Kreisverbände hatten Schwierigkeiten, überhaupt den Wahlkampf zu stemmen, Plakate zu hängen und Flyer zu verteilen. Das zeigt schmerzhaft: wir sind nur da stark, wo wir auch Mitglieder haben. In Potsdam sind wir mit einem Ergebnis von 6 Prozent der einzige Kreisverband, der es in der Gesamtheit überhaupt über die 5 Prozent geschafft hat.

Jörg: Es ist eine Binsenweisheit, dass wir als Partei in einer handfesten Krise sind. Der Grund ist, dass wir als Partei in den letzten Jahren nicht klar gemacht haben, wofür wir da sind - nämlich, dafür zu sorgen, dass die Interessen von Menschen vertreten oder zumindest artikuliert werden, die ansonsten in unserer Gesellschaft systematisch unter die Räder kommen. Dafür ist es notwendig, dass man in den gesellschaftlichen Großkonflikten klare Positionen einnimmt. Die aktuellen Großkonflikte sind derzeit: zunehmende soziale Ungleichheit, die drohende ökologische Katastrophe, Migration und Außenpolitik. Mindestens in den letzten drei Punkten haben wir in den vergangenen 8 Jahren als Partei keine klare Position eingenommen. Sondern wir haben tiefe Konflikte geführt. Es ging nie um Nuancen und nicht um persönliche Fragen, sondern um inhaltliche Differenzen: Wollen wir Treiber oder Bremse des ökologischen Umbaus sein? Wollen wir Zuwanderung aktiv gestalten oder massiv begrenzen? Wollen wir das Völkerrecht stärken oder sind wir geopolitischer Fanclub bestimmter außenpolitischer Player? Diese Konflikte haben ja auch letztlich zur Abspaltung des BSW geführt, und es ist kein Wunder, dass wir an das BSW deshalb auch am meisten Stimmen verloren haben. Die Konflikte haben uns aber eben auch in den letzten Jahren inhaltlich gelähmt. Denn eine Partei kann nicht zur gleichen Zeit verschiedene, sich widersprechende Meinungen vertreten. Wenn man das tut, verliert man seine Funktion der Interessenvertretung - was sollen denn die Leute von uns halten? Unsere Anhängerschaft wusste ja nach den vielen Jahren des innerparteilichen Streits gar nicht mehr, was wir eigentlich wollten. Wir haben so sehr viel Vertrauen verloren. Und auch Zutrauen in unsere Fähigkeit, ihr Leben verbessern zu können. Das müssen wir mit viel Mühe jetzt wieder aufbauen.



PAS: Ihr habt in Potsdam an über 5.000 Haustüren geklingelt und mit Menschen gesprochen. Wie ist euer Eindruck von der Stimmung der Potsdamer:innen?

Iris: Bemerkenswert fand ich die Omnipräsenz der Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen. Im Juli und August waren noch konkrete soziale Themen dominant, wie zum Beispiel hohe Mieten oder Lebenshaltungskosten und Auswirkungen der Kriege auf unser Leben hier. Mit dem Wahlsieg der AfD in Thüringen und Sachsen hat sich das schlagartig geändert: es gab für unsere Gesprächspartner:innen kaum ein anderes Thema mehr, als die Verhinderung eines Wahlsiegs der AfD in Brandenburg. Menschen mit Migrationshintergrund, aber nicht nur die, haben uns offen gesagt, dass sie Angst haben.

PAS: Wie geht es für Die Linke in Potsdam jetzt weiter?

Jörg: Wir haben eine engagierte Mitgliedschaft, die alles gegeben hat in den letzten Wochen. Mit dem Verlust der Landtagsfraktion müssen wir uns nun auf eine Arbeit ohne die bisherige Unterstützung durch Wahlkreismitarbeitende und andere hauptamtliche Strukturen einstellen. Das birgt aber auch Chancen, die eigene Arbeitskultur zu überdenken, Informationsflüsse zu verbessern und die gesamte Parteiarbeit neu aufzustellen. Hierfür planen wir eine Gesamtmitgliederversammlung am 30. November 2024.

PAS: Im Oktober steht der Bundesparteitag an, im Dezember der Landesparteitag. Bei beiden Parteitagungen wird es zentral um die Erneuerung der Linken gehen und die Vorstände werden neugewählt. Mit welchen Impulsen will die Potsdamer Linke in die Parteitage gehen? Was erwartet ihr?

Iris: Auf Bundesebene wurde schon mehrfach der Neustart der Linken ausgerufen, aber viele inhaltliche und strukturelle Baustellen und nicht zuletzt Sahra Wagenknechts Konkurrenzprojekt haben uns aufgehalten. Jetzt sind wir glaubhaft in der Lage, mit der Linken im 21. Jahrhundert anzukommen. Es gilt, die Lücken zu schließen zwischen den treuen Kämpfer:innen, die in all den Jahren zur Linken gehalten haben und den Neumitgliedern, die eigene Erwartungen und Erfahrungen mitbringen. Hierzu braucht es einen möglichst breiten Konsens statt fauler Kompromisse. Das verlangt nach einem soliden Plan. Den kann aber nur haben, wer zuvor ausgearbeitet hat, welche Fehler in der Vergangenheit gemacht wurden und sich nicht wiederholen dürfen. Hier erwarten wir von unseren Vorständen frühzeitige Vorlagen und nach vorn weisende Konsequenzen.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam | Ausgabe Oktober 2024

Nein zur Bezahlkarte für Geflüchtete!

Bereits im Frühjahr dieses Jahres hat die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung einen eindeutigen Beschluss gefasst: Potsdam lehnt die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete ab. Auch als Linksfraktion unterstützten wir diesen Antrag. Denn über die Bezahlkarte wird die Selbstbestimmung von Menschen eingeschränkt, indem bspw. nur bestimmte Einkaufsläden nutzbar oder aber die abhebbare Summe gedeckelt wäre. Leiden würden darunter insbesondere Kinder z.B. auf Klassenfahrten, wenn sie im Unterschied zu ihren Mitschüler:innen kein Taschengeld mitnehmen können. Kurz: Die Bezahlkarte ist diskriminierend und bringt zudem einen immensen Aufwand für die Verwaltung mit sich. Doch in den letzten Wochen machte der Oberbürgermeister plötzlich eine Kehrtwende. Er gab dem Druck jener Landkreise nach, die die Einführung bereits vorangetrieben haben und brachte zur Septembersitzung eine Aufhebung des Grundsatzbeschlusses ein. Den Widerstand gegen die Bezahlkarte als Landeshauptstadt aufzugeben, kommt jedoch auch einer Kapitulation gegenüber Rechtsaußen gleich. Egal ob im Bund, im Land oder in den Kommunen: auf allen Ebenen erleben wir derzeit von CDU, reagierte dankenswerter Weise sofort, kritisierte den Vorstoß des Oberbürgermeisters deutlich und organisierte mit uns fraktionsübergreifend deutlichen Widerspruch. Im Ergebnis



dessen stellte die Verwaltung den Antrag zurück. Das Problem dabei: Sie begründete den Weg damit, dass die neue Landesregierung aller Wahrscheinlichkeit nach, eine Klärung in Form einer verbindlichen Verordnung auf den Weg bringen würde. Mit den Wahlergebnissen am 22. September droht nun jedoch Schlimmeres.

Isabelle Vandre,
Fraktionsvorsitzende



NEIN zum „Turmbau zu Babel(-sberg)“!

Auf der Ecke Großbeerenstraße/August-Bebel-Straße möchte ein Investor seine völlig überzogenen Investorenräume verwirklichen. Auf die Ecke soll ein massiver Bürokomplex gebaut werden. Im Mittelpunkt des Bauvorhabens auf der Ecke steht ein riesiger, 61m hoher Büroturm aus Stahl, Glas und Beton. In der Bevölkerung hat sich ein breiter Protest formiert und es gründete sich die Bürgerinitiative Medienstadt Babelsberg. Das Ziel der Bürgerinitiative war und ist es, für ein maßvolle Bebauung in der Medienstadt in Potsdam-Babelsberg einzutreten. Sie hat eine Petition gestartet, welche sich an die Stadtverordnetenversammlung Potsdam sowie an dessen Fachgremium für Stadtentwicklung und Bauen – kurz Bauausschuss – richtet.

Die Petition haben 2.200 Personen unterzeichnet. 715 Unterstützer:innen haben ihre fundierten Kommentare zur Petition abgegeben. Unsere Fraktion DIE LINKE Potsdam unterstützt die Petition „Stoppt den Turmbau in der Medienstadt“. Wir stehen den Planungen sehr kritisch gegenüber, da sie einen für den Standort überdimensionierten Bau vorsieht. Das steht einer maßvollen, sozial-ökologischen Entwicklung entgegen, die wir vertreten. Wir fordern die Erstellung eines Quartierskonzeptes mit einem Verträglichkeitsnachweis. Solange diese und weitere Fragen nicht hinreichend beantwortet und fachlich nicht möglich sind, lehnen wir diesen Prestigebau ab. Alle weiteren



Diskussionen über die im Raum stehenden Fragen müssen gemeinsam mit den Anwohnenden, die sich in der Bürgerinitiative für eine maß- und sinnvolle Entwicklung in diesem Areal engagieren, geführt werden.

Dr. Anja Günther



Sonnenschutz für Sportler

Seit Jahren herrscht in Potsdam ein eklatanter Mangel an Sport- und Freizeitmöglichkeiten. Davon waren, nicht zuletzt, auch die Skater- und Scooterfahrer betroffen. So war es sehr erfreulich, dass in diesem Jahr endlich die Skateanlage in der Friedrich-List-Str. (wieder-) eröffnet wurde. Eine großartige Anlage, sehr vielfältig, sehr anspruchsvoll. Leider wurde bei der Planung übersehen, Sonnen- und Hitzeschutzmaßnahmen zu erbauen oder zu pflanzen.

Im Hochsommer sind die Temperaturen und die Sonnenstrahlung unerträglich, da keine einzige Verschattung existent ist. Zuschauende und Pausierende haben keine Chance, der Sonne zu entfliehen und der heiße Asphalt strahlt eine enorme Hitze ab. Somit ist es nur Hartgesottene möglich, die Anlage intensiv zu nutzen. Diese gesundheitsgefährdenden Zustände müssen abgeschafft werden, so dass es möglich wird, die Anlage für mehrere Stunden zu nutzen. Daher hat unsere Fraktion in der SVV beantragt, bauliche Maßnahmen und Anpflanzungen vorzunehmen, die eine umfängliche Nutzung der Skateanlage in der Fr.-List-Str. ermöglichen.



FOTO: Michael Bahlow

Der nächste heiße Sommer kommt gewiss. Daher muss in jeder zukünftigen Planung zu Außenbereichen, der klimatischen Veränderungen und der damit einhergehenden Überhitzung von Städten Rechnung getragen werden.

Michél Berlin,
Stadtverordneter



FRAGEN

Was wird mit dem Ratskeller im AWO Kulturhaus Babelsberg?

Seit mittlerweile mehr als fünf Jahren steht der Ratskeller im AWO Kulturhaus Babelsberg leer. Wo früher in illustrierter Runde gespeist und getrunken werden konnte, tummeln sich heute nur noch Spinnweben. Eigentlich sollte der Ratskeller für Jugendarbeit genutzt werden. Ein Konzept dafür hat die AWO dafür bereits 2023 vorgelegt. Die Beigeordnete Frau Meier gab jedoch auf Nachfrage der Stadtverordneten Anja Günther an, dass für die Umsetzung der Umgestaltung kein Geld im Haushalt eingestellt sei und sie auch zu den anfallenden Kosten nichts sagen könnte. Bereits letztes Jahr sprach die Stadt 1,6 Mio. €, auch wurde die Wiederöffnung des Ratskellers für 2025 angekündigt. Gerade jetzt, wo die ganze Stadt über die dringende Notwendigkeit von Jugendarbeit im Kiez spricht, bleiben wir dran und schauen auch bei der Verhandlung des neuen Haushalts genauer hin.

Schulweg? Aber sicher!

Auf einen möglichen Missstand bei der Kita- und Schulwegsicherheit im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Grundschule hat uns ein Bürger aufmerksam gemacht. Dort kommt es durch die Belieferung einer Kantine mit LKWs immer wieder zu gefährlichen Situationen für die Kita- und Schulkinder. Tina Lange hat nachgefragt und die Antwort ist wenig zufriedenstellend. Die zuständige Beigeordnete teilte mit, dass die Schulwegsicherheit im direkten Umfeld erstmal gegeben sei. Trotzdem findet derzeit eine Prüfung der verkehrsorganisatorischen Maßnahmen statt. Somit soll innerhalb der nächsten zwei Monate geklärt werden, ob eine Gefährdung vorliegt und wie diese aus der Welt geschafft werden kann. Auch hier werden wir nochmal nachfragen und achtsam bleiben.

ÜBERWIESEN

Spurrillen als Unfallschwerpunkt

Spurrillen beschäftigen uns seit Jahren. Die Rillen der Straßenbahnschienen sind extrem gefährlich für Radler und Radlerinnen. Die Unfallstatistik kennt dieses Merkmal bisher leider nicht. Das wollen wir ändern: mit dem Antrag wird der Oberbürgermeister beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass die Potsdamer Polizei diese Situation zukünftig als statistisches Merkmal erfasst. Wir erhoffen uns davon eine schnellere Umsetzung des bereits beschlossenen Antrags auf velosichere Gleise unserer Fraktion. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität überwiesen.

BESCHLOSSEN

Der Weg hat einen Namen!

Unser Antrag zur Benennung des Wegs zwischen der Zeppelinstraße und dem Schafgraben (neben dem ehem. Kino Charlott und parallel zur Bahnstrecke) wurde nach einer minimalen Änderung im Kulturausschuss zur Abstimmung gestellt statt wie angekündigt noch eine Ehrenrunde durch den Hauptausschuss zu drehen. Und wir können stolz verkünden: Der Weg heißt nun „Am Viktoria-

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder
per E-Mail an uns:
Fraktion Die Linke; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 0331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Isabelle Vandre

1946: Kriegsverbrecher in Nürnberg verurteilt

Die Nürnberger Prozesse waren eine Reihe von Militärtribunalen, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten abgehalten wurden, um führende Vertreter des nationalsozialistischen Regimes für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Der Hauptkriegsverbrecherprozess, der vom 20. November 1945 bis zum 1. Oktober 1946 stattfand, war der erste und bekannteste dieser Prozesse.

In diesem Prozess wurden 24 hochrangige NS-Funktionäre, darunter Hermann Göring, Rudolf Heß und Joachim von Ribbentrop, angeklagt.

Die Anklagepunkte umfassten Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Am Ende standen elf Todesurteile: in Abwesenheit Bormann, Göring, von Ribbentrop, Rosenberg, Frick, Keitel, Jodl, Kaltenbrunner, Frank, Streicher, Sauckel und Seyß-Inquart.

Diese Urteile wurden am 15. Oktober 1946 vollstreckt. Wilhelm Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, ruft unter dem Galgen: "Alles für Deutschland!". Ein Ausruf, für den der heutige Nazi Höcke gerichtlich verurteilt wurde. Wobei sich der ehemalige Gymnasium-Geschichtslehrer nicht daran erinnert, etwas Verbotenes getan zu haben! Und Göring hatte sich kurz zuvor mit einer bis zum Schluss versteckt gehaltenen Zyankali-Kapsel selbst das Leben genommen.

Der einstige Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß, der sich vor Gericht höchst verwirrt gezeigt und den sogar die Staatsanwaltschaft für nicht verhandlungsfähig erklärt hatte, wurde



zu lebenslangem Gefängnis verurteilt. Er nahm sich 1987 mit 93 Jahren im Kriegsverbrechergefängnis Spandau das Leben. Drei Angeklagte (Fritzsche, von Papen und Schacht) wurden freigesprochen.

Die Nürnberger Prozesse hatten einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung des Völkerstrafrechts und führten zur Etablierung der sogenannten Nürnberger Prinzipien, die besagen, dass es für bestimmte Verbrechen keine Immunität geben darf. Es dauerte lange, bis wieder ein ähnlicher Prozess stattfand, auch wenn die Anlässe nicht gefehlt hätten. 1993 rief der UN-Sicherheitsrat einen Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien in Den Haag ins Leben. 1994 wurde ein Gericht in Arusha, Tansania, eingesetzt. 2002 nahm das Internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag schließlich seine Arbeit auf.

b.m.

1949 wurde der erste sozialistische deutsche Staat gegründet



Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik verkündete Wilhelm Pieck an jenem Freitag, 7. Oktober 1949, im Festsaal des früheren Reichsluftfahrtministeriums in Berlin: "Auf der Grundlage der vom Dritten

Deutschen Volkskongress bestätigten Verfassung ist in der deutschen Hauptstadt Berlin einmütig von allen Parteien und Massenorganisationen im deutschen Volksrat die Deutsche Demokratische Republik geschaffen worden."

Wie kam es dazu? Die Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion hatten sich bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges verschärft. Vor allem die Briten und Amerikaner forcierten einen eigenständigen Staat in den westlichen Besatzungszonen. Die Nachricht einer bevorstehenden Verabschiedung des Bonner Grundgesetzes im März 1949 sorgte in der SBZ (Sowjetischen Besatzungszone) für Unruhe. Der Volkskongress wurde einberufen und tagte am 28. und 29. Mai 1949, wenige Tage nachdem in der Bundesrepublik das Grundgesetz unterzeichnet und verkündet wurde. Der Deutsche Volksrat trat daraufhin am 7. Oktober 1949 zusammen und konstituierte sich selbst als Provisorische Volkskammer der DDR. In jener Zeremonie im ehemaligen Reichsluftfahrtministerium setzte die

Provisorische Volkskammer die "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" in Kraft. Höchstes Staatsorgan war die Volkskammer, die gemeinsam mit der Länderkammer am 11. Oktober Wilhelm Pieck zum Staatspräsidenten wählte, Otto Grotewohl wurde Ministerpräsident.

Und was sagt Die Linke auf ihrer WEBSITE zur DDR-Gründung? „Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war der legitime Versuch, nach dem alliierten Sieg über Nazi-Deutschland ein Wiedererstarken sozialer Antriebskräfte des Nationalsozialismus zu verhindern - Stichworte hierfür sind die Bodenreform und die Zerschlagung des Großkapitals - und einen sozialistischen Staat auf deutschem Boden aufzubauen. Dieser Versuch ist gescheitert. Dazu führten nicht nur die äußeren Bedingungen wie Blockkonfrontation und Kalter Krieg. Misslingen musste dieser Versuch vor allem aus inneren Gründen: Wegen eines eklatanten Mangels an Demokratie und Missachtung elementarer Bürgerrechte, wegen des grundsätzlichen Misstrauens des Staatsapparates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und, schließlich, wegen der mangelhaften Fähigkeit des Wirtschaftssystems, den Konsumbedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden.“ Und trotzdem: Die DDR war - bei allen Fehlern und Problemen - Heimatland für zahlreiche Menschen östlich der Elbe. Das bleibt für sie und für mich ganz persönlich immer im Herzen und im Kopf so.

Bernd Martin

Danke für 10 Jahre gemeinsames Kämpfen im Landtag

Am 22. September ist Die Linke aus dem Brandenburger Landtag geflogen. Das ist eine politische Vollkatastrophe, weil es bedeutet, dass soziale Gerechtigkeit und der Mieter:innenschutz im neuen Landtag keine Rolle mehr spielen werden. Stattdessen werden die verbleibenden Parteien sich in einen permanenten rechten Überbietungswettbewerb bei der inneren Sicherheit und in der Migrationspolitik begeben. Dass auch die SPD davor nicht gefeit ist, hat sie schon in den letzten Jahren bewiesen. Die Linke wird als soziales Gewissen und Verteidigerin der Rechte für alle Menschen fehlen.

Fakt ist, an dieser Katastrophe sind zu allererst wir selbst schuld. Die Linke befindet sich seit längerem im Umbruch. Weil die Gesellschaft eine andere ist als noch bei ihrer Neugründung 2007 und weil eine Erneuerung auf Grund der Altersstruktur immer notwendiger wurde. Doch statt aus diesem Umbruch eine moderne, klare und sozialistische Partei des 21. Jahrhunderts entstehen zu lassen, haben wir uns zu lange in Kämpfen mit Wagenknecht verzettelt und den Neuaufbau der Partei schleifen lassen. Dabei haben wir offensichtlich viele Wähler:innen verloren. Deshalb ist der Neuaufbau von unten unumgänglich und unsere drängendste Aufgabe, an der ich gerne mitwirke.

Für mich endet mit dem Ausscheiden der Linken aus dem Landtag auch meine Zeit als Abgeordnete. Ich hatte die Ehre und das Privileg 10 Jahre lang mit euch für sozialere und



Wir erinnern: Isabelle Vandré immer an der Spitze

Foto: Archiv

demokratischere Hochschulen, eine Politik, die die Mieter:innen schützt und eine gut aufgestellte, diverse Kulturlandschaft in Brandenburg zu kämpfen. Danke an alle, die mich dabei unterstützt, vielleicht auch manchmal mit mir gestritten und meine Arbeit begleitet haben! Ein politisches Mandat ist eine Aufgabe auf Zeit. Das war mir immer bewusst. Der Kampf um eine bessere Welt hingegen ist noch lange nicht abgeschlossen. Ich freue mich darauf ihn mit euch, wenn auch mit neuer Rolle, weiterzuführen.

Isabelle Vandré

Bernd Riexinger: Die Schmerzgrenze ist überschritten

"Die heutige Verteuerung des 49-Euro-Tickets ist eine Sauerei, wenn man bedenkt, dass der Verkehrssektor bereits wiederholt die Klimaziele verfehlt hat. Die Kosten, die angesichts dieses Versagens zukünftigen Generationen aufgehald werden, sind nichts im Vergleich zu den Kosten des Erhalts des 49-Euro-Tickets", so Bernd Riexinger, verkehrspolitischer Sprecher der Gruppe Die Linke im Bundestag, zur vereinbarten Verteuerung des Deutschlandtickets. Riexinger weiter:

"Schon die aktuell gültigen 49 Euro sind für viele die Schmerzgrenze beim Deutschlandticket. Es ist ein absolutes Armutszeugnis, dass Bund und Länder hier nicht zumindest für Preisstabilität sorgen. Die Verteuerung wird zusätzliches Vertrauen in die nötige Mobilitätswende kosten - so fährt die Ampel sie ganz sicher an die Wand. Dabei haben Grüne und SPD zugelassen, dass Verkehrsminister Wissing sich als Hardliner aufführt. Es ist völlig unverständlich, dass der Bund nicht mehr für den Erhalt des 49-Euro-Tickets zusteuert. Soll es mit der Mobilitätswende etwas werden, muss der Bund mehr Verantwortung für den ÖPNV übernehmen. Dazu gehört dringend der Ausbau- und Modernisierungspakt, der



im Koalitionsvertrag versprochen war. Und anstelle von Verteuerungen muss es um Preisstabilität und eine Perspektive für kostengünstige Tarife, bis hin zum Null-Tarif für Schülerinnen und Schüler, Azubis und Studierende."

Potsdam feiert Vielfalt:

20. Integrationspreis würdigt herausragendes Engagement

Die Landeshauptstadt Potsdam hat zum 20. Mal ihren renommierten Integrationspreis verliehen. Der Integrationspreis wurde in vier Hauptkategorien sowie einem Sonderpreis vergeben:

1. Kategorie "Projektidee": Multi-Kulti Küche
2. Kategorie "Vereinsarbeit": "Teen Spirit" des Inwole e.V.
3. Kategorie "Einzelleistung": "Talent Point Potsdam" von Dr. Valentina Meuren
4. Kategorie "Migration prägt Potsdam – 20 Jahre Integrationspreis": Antidiskriminierungsbüro Potsdam des Vereins Opferperspektive e.V.

Sonderpreis Nachbarschaft der ProPotsdam: PlattenFix-Selbsthilfe Fahrradwerkstatt.

Der Integrationspreis wurde 2005 ins Leben gerufen und hat



Die Gewinnerinnen und Gewinner des Potsdamer Integrationspreises 2024.
(c) Bachar Oudeh

sich seitdem zu einem wichtigen Instrument der Anerkennung und Förderung von Integrationsarbeit in Potsdam entwickelt.

Gratulation zur Wahl in den Seniorenbeirat

Sehr geehrte Mitglieder des neu gewählten Seniorenbeirats, im Namen der Fraktion Die Linke möchten wir Ihnen herzlich zu Ihrer erfolgreichen Wahl in den Seniorenbeirat gratulieren. Ihr Engagement und Ihre Bereitschaft, sich für die Anliegen älterer Menschen einzusetzen, sind von enormer Bedeutung für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt.

Der Seniorenbeirat spielt eine zentrale Rolle dabei, die Interessen der älteren Generation zu vertreten und sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse in politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen berücksichtigt werden. Ihre Wahl verdeutlicht das Vertrauen, das Ihnen entgegengebracht wird, und Ihre Verantwortung, die Stimme der Senior:innen in unserer Stadt zu sein.

Als Fraktion Die Linke setzen wir uns für eine solidarische Gesellschaft ein, in der alle Menschen – unabhängig von ihrem Alter – gleichberechtigt teilhaben können.

Altersarmut, bezahlbarer Wohnraum, Gesundheitsversorgung und soziale Teilhabe sind Themen, die uns besonders am Herzen liegen, und wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam Lösungen entwickeln können, um die Lebensqualität älterer Menschen



Peter Mundt ist erneut zum Vorsitzenden gewählt worden.

in Potsdam zu verbessern. Wir freuen uns auf einen intensiven Austausch mit Ihnen und möchten Sie in Ihrer wichtigen Arbeit aktiv unterstützen. Ihr Wissen, Ihre Erfahrung und Ihre Perspektiven sind für uns von unschätzbarem Wert, und wir sind dankbar, dass Sie sich für die Belange der Senior:innen stark machen.

Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit Ihnen für eine gerechtere und sozialere Gesellschaft zu kämpfen und stehen für Gespräche gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen,
Isabelle Vandre, Fraktionsvorsitzende

Potsdam wird künstlich intelligent

Du wartest 8 Monate auf dein Wohngeld? Deine Baugenehmigung ist voller Fehler? Für solche Probleme soll in der Potsdamer Verwaltung nun Künstliche Intelligenz (KI) Abhilfe schaffen. Wie eine linke Perspektive auf den geplanten Einsatz von KI aussehen kann, damit beschäftigt sich auch die AG Kommunal.Digital der Potsdamer Linken.

Die Vorhaben und Planungen der Stadtverwaltung wollen wir uns ansehen. Es ist uns wichtig, dass am Ende alle Entscheidungen noch von einem Menschen auf Richtigkeit und korrekte Ermessensausübung geprüft und nachvollzogen werden können. Wo KI ggf. die Arbeit der Verwaltung unterstützen kann möchten wir ausloten. Alle Potsdamer:innen müssen die Entscheidungen über ihre Anliegen nachvollziehen können. Auch auf Datenschutz- und IT-Sicherheitsgesichtspunkte werden wir uns in der AG Arbeit widmen. Grundsätzlich gilt, soziale Probleme lassen sich nicht mit technischen Werkzeugen lösen. Abhängigkeiten mit kostspieligen Anbieterinnen, so genannte Lock-In-Effekte, möchten wir unbedingt ausschließen.

Termine PaS Oktober

3.10. 12:30 Uhr

Bundesweite Friedensdemonstration in Berlin, gemeinsame Anreise ab Potsdam Hauptbahnhof, Treffpunkt: 11 Uhr am Busbahnhof

10.10. 16-18 Uhr

Der VGH-Prozess gegen Werner Seelenbinder: Haft und Verurteilung Führung mit Dr. Johannes Leicht & Prof. Dr. Oliver Rump, Gedenkstätte Lindenstraße Lindenstr. 54/55,

veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

18.10. 13 Uhr

Einweihung eines Zusatzschildes an der Werner-Seelenbinder-Straße in Kooperation zwischen Rosa-Luxemburg-Stiftung, kommunalpolitischem Forum und VVN-BdA

7.11. 17-19 Uhr

kostenlose Sozial- und Rechtsberatung, rotblog, (Zeppelinstr. 7)